



April 11, 2025

Dr. Alan M. Garber  
President  
Harvard University  
Office of the President  
Massachusetts Hall  
Cambridge, MA 02138

Penny Pritzker  
Lead Member, Harvard Corporation  
Harvard Corporation  
Massachusetts Hall  
Cambridge, MA 02138

*(Deeple-Übersetzung)*

Sehr geehrter Dr. Garber

die Vereinigten Staaten haben in die Arbeit der Harvard University investiert, weil wissenschaftliche Entdeckungen und akademische Exzellenz für das Land von grossem Wert sind. Eine Investition ist jedoch kein Anspruch. Sie hängt davon ab, dass Harvard die bundesstaatlichen Bürgerrechtsgesetze einhält, und sie ist nur dann sinnvoll, wenn Harvard ein Umfeld fördert, das intellektuelle Kreativität und wissenschaftliche Strenge hervorbringt, die beide ideologischer Vereinnahmung entgegenstehen.

Harvard hat in den letzten Jahren sowohl die intellektuellen als auch die bürgerrechtlichen Bedingungen, die eine Investition des Bundes rechtfertigen, nicht erfüllt. Wir schätzen jedoch Ihr Engagement, diese Missstände zu beheben, und begrüßen Ihre Zusammenarbeit bei der Wiederherstellung des Versprechens der Universität. Wir legen daher die nachstehenden Bestimmungen als Grundlage für eine Grundsatzvereinbarung vor, die die finanzielle Beziehung Harvards zur Bundesregierung aufrechterhält.

Wenn dies für Harvard akzeptabel ist, stellt dieses Dokument eine Grundsatzvereinbarung dar, die die Parteien in gutem Glauben daran arbeiten werden, daraus eine ausführlichere, verbindliche Vergleichsvereinbarung zu machen. Wie Sie sehen werden, enthält und ersetzt dieses Schreiben die Bedingungen des vorherigen Schreibens der Bundesregierung vom 3. April 2025.

## **Reformen der Verwaltung und Führung.**

Bis August 2025 muss Harvard eine sinnvolle Verwaltungsreform und -umstrukturierung durchführen, um wesentliche Änderungen im Einklang mit diesem Schreiben zu ermöglichen, darunter:

Förderung klarer Zuständigkeits- und Verantwortungsbereiche;

- Stärkung der Professoren und der Hochschulleitung sowie aus dem Kreis der fest angestellten Professoren und der Hochschulleitung ausschliesslich diejenigen, die sich am meisten dem wissenschaftlichen Auftrag der Universität verschrieben haben und sich für die in diesem Schreiben genannten Änderungen einsetzen;
- Verringerung der Macht von Studenten und nicht fest angestellten Fakultätsmitgliedern;
- Verringerung der Macht von Fakultätsmitgliedern (ob fest angestellt oder nicht fest angestellt) und Verwaltungsangestellte, die sich mehr dem Aktivismus als der Wissenschaft verschrieben haben, und die Reduzierung von aufgeblähten, doppelten oder dezentralen Formen der Verwaltung, die die Möglichkeit der in diesem Schreiben genannten Reformen beeinträchtigen.

## **Leistungsorientierte Einstellungsreform**

Bis August 2025 muss die Universität leistungsorientierte Einstellungsrichtlinien einführen und umsetzen und alle Präferenzen aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht oder nationaler Herkunft bei Einstellungen, Beförderungen, Vergütungen und damit zusammenhängenden Praktiken unter Lehrkörper, Mitarbeiter und Führungskräfte.

Eine solche Annahme und Umsetzung muss dauerhaft sein und durch strukturelle und personelle Veränderungen nachgewiesen werden. Alle bestehenden und potenziellen Lehrkräfte werden auf Plagiate überprüft und die Plagiatsrichtlinie von Harvard wird konsequent durchgesetzt.

Alle Einstellungs- und damit zusammenhängenden Daten werden der Bundesregierung mitgeteilt und während des Zeitraums, in dem die Reformen umgesetzt werden, einer umfassenden Prüfung durch die Bundesregierung unterzogen, die mindestens bis Ende 2028 andauern soll.

## **Leistungsbasierte Zulassungsreform**

Bis August 2025 muss die Universität leistungsbasierte Zulassungsrichtlinien einführen und umsetzen und alle Präferenzen aufgrund von Rasse, Hautfarbe, nationaler Herkunft oder deren Stellvertreter im gesamten Bachelor-Programm, in jedem Graduiertenprogramm einzeln, in jeder ihrer Fachhochschulen und in anderen

Programmen einstellen. Eine solche Einführung und Umsetzung muss dauerhaft sein und durch strukturelle und personelle Veränderungen nachgewiesen werden.

Alle Zulassungsdaten werden an die Bundesregierung weitergegeben und einer umfassenden Prüfung durch die Bundesregierung unterzogen – und nicht-individualisierte, statistische Informationen über die Zulassung werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, einschliesslich Informationen über abgelehnte und zugelassene Studierende, aufgeschlüsselt nach Rasse, Hautfarbe, nationaler Herkunft, Notendurchschnitt und Leistung in standardisierten Tests – während des Zeitraums, in dem , in dem Reformen umgesetzt werden, was mindestens bis Ende 2028 der Fall sein wird.

Während dieses Zeitraums muss der Dekan für Zulassung für jedes Programm oder jede Schule nach jedem Zulassungszyklus eine öffentliche Erklärung unterzeichnen, in der er bestätigt, dass diese Regeln eingehalten wurden.

### **Internationale Zulassungsreform**

Bis August 2025 muss die Universität ihre Rekrutierung, Überprüfung und Zulassung internationaler Studierender reformieren, um zu verhindern, dass Studierende, die den in der US-Verfassung und der Unabhängigkeitserklärung verankerten amerikanischen Werten und Institutionen feindlich gegenüberstehen, darunter Studierende, die den Terrorismus oder den Antisemitismus unterstützen.

Harvard wird ausländische Studierende, einschliesslich Studierende mit Visum und Green Card, die einen Verstoß gegen die Verhaltensregeln begehen, unverzüglich den Bundesbehörden, einschliesslich des Heimatschutzministeriums und des Aussenministeriums, melden.

Wie oben erwähnt, müssen diese Reformen dauerhaft sein und durch strukturelle und personelle Veränderungen nachgewiesen werden; in allen Programmen von Harvard umfassend umgesetzt werden und während des Reformzeitraums mit der Bundesregierung zur Prüfung geteilt, auf nicht-individualisierter Basis mit der Öffentlichkeit geteilt und von den Zulassungsdekans bestätigt werden.

### **Standpunkt: Vielfalt bei der Zulassung und Einstellung**

Bis August 2025 soll die Universität eine externe Partei beauftragen, die die Bundesregierung hinsichtlich ihrer Kompetenz und guten Glauben überzeugt, die Studentenschaft, die Fakultät, das Personal und die Führung auf Vielfalt der Standpunkte zu prüfen, sodass jede Abteilung, jedes Fachgebiet oder jede Lehreinheit individuell vielfältig in Bezug auf die Standpunkte sein muss. Diese Prüfung soll spätestens im Sommer 2025 beginnen und je nach Bedarf abteilungs-, fachgebiets- oder lehrstuhlspezifisch durchgeführt werden.

Der Bericht der externen Partei ist der Universitätsleitung und der Bundesregierung bis spätestens Ende 2025 vorzulegen. Harvard muss alle Kriterien, Präferenzen und Praktiken, ob obligatorisch oder optional, in seinen Zulassungs- und Einstellungspraktiken abschaffen, die als ideologische Lackmustests fungieren.

Jede Abteilung oder jedes Fachgebiet, in dem es an Meinungsvielfalt mangelt, muss reformiert werden, indem eine kritische Masse neuer Lehrkräfte innerhalb, die für eine Meinungsvielfalt sorgen.

Jede Lehreinheit, die keine Meinungsvielfalt aufweist, muss durch die Aufnahme einer kritischen Masse von Studierenden reformiert werden, die für Meinungsvielfalt sorgen. Wenn die Überprüfung ergibt, dass die bestehende Fakultät in der betreffenden Abteilung oder dem betreffenden Bereich nicht in der Lage ist, Einstellungen zur Meinungsvielfalt vorzunehmen, oder dass die betreffende Lehreinheit nicht in der Lage ist, eine kritische Masse von Studierenden mit unterschiedlichen Ansichten aufzunehmen, werden Einstellungen oder Zulassungen innerhalb dieser Abteilung, dieses Fachgebiets oder dieser Lehreinheit an die nächstgelegene verwandte Abteilung, das nächstgelegene Fachgebiet oder die nächstgelegene Lehreinheit übertragen, die in der Lage ist, eine Meinungsvielfalt zu erreichen.

Diese Prüfung wird durchgeführt und es werden jedes Jahr während des Zeitraums, in dem Reformen umgesetzt werden, die gleichen Schritte unternommen, um eine Meinungsvielfalt zu erreichen. Dieser Zeitraum endet spätestens Ende 2028.

### **Reform von Programmen mit eklatanten antisemitischen oder anderen Vorurteilen**

Bis August 2025 soll die Universität eine externe Partei beauftragen, die die Bundesregierung hinsichtlich ihrer Kompetenz und ihres guten Willens zufriedenstellt, um die Programme und Abteilungen zu prüfen, die antisemitische Belästigung am meisten schüren oder ideologische Vereinnahmung widerspiegeln.

Zu den Programmen, Schulen und Zentren, die Anlass zur Sorge geben, gehören unter anderem die Divinity School, Graduate School of Education, School of Public Health, Medical School, Religion and Public Life Program, FXB Center for Health & Human Rights, Center for Middle Eastern Studies, Carr Center for Human Rights an der Harvard Kennedy School, Department of Near Eastern Languages and Cultures und die Harvard Law School International Human Rights Clinic.

Der Bericht der externen Partei soll Informationen über einzelne Fakultätsmitglieder enthalten, die jüdische oder israelische Studierende diskriminiert oder Studierende zu Verstößen gegen die Regeln von Harvard nach dem 7. Oktober angestiftet haben, und die Universität und die Bundesregierung werden zusammenarbeiten, um angemessene Sanktionen für diese Fakultätsmitglieder im Rahmen der akademischen Freiheit und des Ersten Verfassungszusatzes festzulegen.

Der Bericht der externen Partei wird der Universitätsleitung und der Bundesregierung spätestens Ende 2025 vorgelegt und es werden Reformen durchgeführt, um der Probleme unternommen werden. Diese Prüfung soll durchgeführt werden und die gleichen Schritte sollen unternommen werden, um während des Zeitraums, in dem die Reformen umgesetzt werden, jedes Jahr Reparaturen vorzunehmen, und zwar mindestens bis Ende 2028.

### **Einstellung von DIE**

Die Universität muss unverzüglich alle Programme, Büros, Ausschüsse, Positionen und Initiativen im Bereich Vielfalt, Gleichheit und Inklusion (DEI) unter welchem Namen auch immer schliessen und alle DEI-basierten Richtlinien, einschliesslich DEI-basierter Disziplinar- oder Redekontrollrichtlinien, unabhängig von der Bezeichnung, einstellen. Dies muss die Universität zur Zufriedenheit der Bundesregierung nachweisen.

Sie muss auch zur Zufriedenheit der Bundesregierung nachweisen, dass diese Reformen durch strukturelle und personelle Veränderungen dauerhaft und wirksam sind. Bis August 2025 muss die Universität der Regierung einen auf seine Richtigkeit beglaubigten Bericht vorlegen, der diese Reformen bestätigt.

### **Disziplinarreform und Rechenschaftspflicht für Studierende**

Harvard muss seine Disziplinarrichtlinien und -verfahren für Studierende unverzüglich reformieren, um seine bestehenden Disziplinarrichtlinien rasch und transparent, konsequent und unparteiisch und ohne Doppelmoral aufgrund von Identität oder Ideologie durchzusetzen. Wo diese Richtlinien nicht ausreichen, um Störungen des Studiums, des Lernens und Lehrens im Klassenzimmer oder anderer Aspekte des normalen Campuslebens zu verhindern, muss Harvard Disziplinarrichtlinien entwickeln und umsetzen, die ausreichen, um solche Störungen zu verhindern. Dies umfasst, ist aber nicht beschränkt auf Folgendes:

- Die Disziplin in Harvard muss ein sofortiges Eingreifen und die Beendigung von Störungen oder Deplatforming (*Red. Strategie zum dauerhaften Ausschluss einzelner Personen oder Gruppen*) umfassen, auch durch die Harvard-Polizei, wenn dies erforderlich ist, um eine Störung oder ein Deplatforming zu beenden; eine strenge Durchsetzung und Wiedereinsetzung bestehender Regeln für Zeit, Ort und Art und Weise auf dem Campus, einschliesslich der Anordnung an die Harvard-Polizei, bei Bedarf Vorfälle zu beenden, die gegen die Regeln für Zeit, Ort und Art und Weise verstossen; ein Disziplinarverfahren in einer Instanz, die dem Präsidenten von Harvard oder einem anderen Capstone-Beamten gegenüber rechenschaftspflichtig ist, und die Beseitigung oder Reformierung institutioneller Gremien und Praktiken, die die Durchsetzung verzögern und behindern, einschliesslich der zuständigen Verwaltungsräte und des FAS-Fakultätsrats.

- Harvard muss eine neue Richtlinie für Studentengruppen oder -clubs verabschieden, die die Anerkennung und Finanzierung oder Bereitstellung von Unterkünften für Studentengruppen oder -clubs verbietet, die kriminelle Aktivitäten, illegale Gewalt oder illegale Belästigung befürwortet oder fördert, Nicht-Studenten auf den Campus einlädt, die regelmässig gegen die Campusregeln verstossen, oder als Fassade für einen Studentenclub dient, der vom Campus verbannt wurde.  
Die Leiter oder Organisatoren anerkannter und nicht anerkannter Studentengruppen, die gegen diese Richtlinien verstossen, müssen im Rahmen der Studentendisziplin zur Rechenschaft gezogen werden und dürfen nicht als Amtsträger in anderen anerkannten Studentenorganisationen tätig sein.  
In Zukunft müssen Finanzierungsentscheidungen für Studentengruppen oder -clubs ausschliesslich von einem Gremium der Universitätsfakultät getroffen werden, die der Hochschulleitung gegenüber rechenschaftspflichtig ist. Insbesondere muss Harvard die Unterstützung und Anerkennung für diejenigen Studentengruppen oder -clubs einstellen, die sich seit dem 7. Oktober 2023 an antisemitischen Aktivitäten beteiligt haben, darunter das Harvard Palestine Solidarity Committee, Harvard Graduates Students 4 Palestine, Law Students 4 Palestine, Students for Justice in Palestine und die National Lawyers Guild, und die Amtsträger und aktiven Mitglieder dieser Studentenorganisationen disziplinieren und für nicht wählbar erklären Organisationen.
- Harvard muss ein umfassendes Maskenverbot mit ernsthaften und sofortigen Strafen bei Verstössen, nicht weniger als einer Suspendierung, einführen.
- Harvard muss alle Verstösse, die während der akademischen Jahre 2023-2024 und 2024-2025 stattgefunden haben, untersuchen und angemessene Disziplinar massnahmen ergreifen, einschliesslich des Protestes der Harvard Business School im Oktober 2023, des Sit-ins in der University Hall im November 2023 und das Frühjahrslager 2024.  
Dies muss den dauerhaften Ausschluss der Studenten beinhalten, die am 18. Oktober an einem Angriff auf einen Studenten der israelischen Harvard Business School beteiligt waren, sowie die Suspendierung von Studenten, die an der Besetzung von Universitätsgebäuden beteiligt waren, wie es die Fakten der einzelnen Fälle rechtfertigen.
- Der Präsident und der Polizeichef von Harvard müssen öffentlich klarstellen, dass die Polizeibehörde der Universität Harvard die Universitätsregeln und das Gesetz durchsetzen wird. Harvard muss sich ausserdem dazu verpflichten, in gutem Glauben mit den Strafverfolgungsbehörden zusammenzuarbeiten.

## **Whistleblower-Meldungen und Schutzmassnahmen**

Die Universität muss unverzüglich Verfahren einführen, mit denen alle Harvard-Mitarbeiter die Nichteinhaltung der in diesem Schreiben dargelegten Reformen

sowohl der Universitätsleitung als auch der Bundesregierung melden können. Jeder Meldende wird vollständig vor nachteiligen Massnahmen für eine solche Meldung geschützt.

### **Transparenz und Überwachung**

Die Universität muss organisatorische Änderungen vornehmen, um vollständige Transparenz und Zusammenarbeit mit allen Bundesregulierungsbehörden zu gewährleisten. Spätestens am 30. Juni 2025 und danach vierteljährlich während des Zeitraums, in dem die Reformen umgesetzt werden, was mindestens bis Ende 2028 der Fall sein wird, muss die Universität der Bundesregierung einen auf seine Richtigkeit beglaubigten Bericht vorlegen, der ihre Fortschritte bei der Umsetzung der in diesem Schreiben dargelegten Reformen dokumentiert.

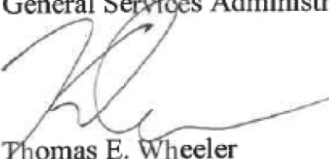
Die Universität muss ausserdem Zufriedenheit der Bundesregierung die Herkunft und den Zweck aller ausländischen Gelder offenlegen; mit der Bundesregierung bei einer forensischen Prüfung der ausländischen Finanzierungsquellen und -verwendungen zusammenarbeiten, einschliesslich der Frage, wie diese Gelder von Harvard, seinen Vertretern und, soweit verfügbar, Dritten, die auf dem Campus von Harvard tätig sind, verwendet wurden; alle angeforderten Einwanderungs- und damit zusammenhängenden Informationen an das United States Department of Homeland Security melden; und alle Anforderungen im Zusammenhang mit dem SEVIS-System erfüllen.

Wir erwarten Ihre sofortige Kooperation bei der Umsetzung dieser entscheidenden Reformen, die es Harvard ermöglichen werden, zu seiner ursprünglichen Mission der innovativen Forschung und akademischen Exzellenz zurückzukehren.

Sincerely,



Josh Gruenbaum  
Comm'r of the Fed. Acquisition Serv.  
General Services Administration



Thomas E. Wheeler  
Acting General Counsel  
U.S. Dept. of Education



Sean R. Keveney  
Acting General Counsel  
U.S. Dep't Health & Human Servs.